
Vorsitz: Österreich**992. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 10. November 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 11.25 Uhr

2. Vorsitz: R. Lassmann

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/411/21), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/413/21), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/410/21 OSCE+), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/412/21 OSCE+), Russische Föderation (Anhang), Bulgarien
- (b) *Unterrichtung über die multinationale Friedenstruppe Südosteuropa-Brigade (SEEBRIG):* Griechenland (FSC.DEL/409/21 OSCE+), Bulgarien, Türkei

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 18. November 2021 über Videokonferenz (FSC.GAL/118/21): Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. November 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

992. Plenarsitzung

FSK Journal Nr. 998, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER
DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk erfolgen. Die Russische Föderation ist in ihrer Eigenschaft als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Die politisch-militärische Lage in der Südostukraine ist nach wie vor instabil. Die ukrainische Regierung zieht eine große Anzahl gepanzerter Fahrzeuge, großkalibriger Artilleriegeschütze und Mehrfachraketen-Systeme in der Zone zusammen, in der die sogenannte „TSK-übergreifende Operation“ durchgeführt wird. Die Verlegung der operativ-taktischen Raketensysteme Totschka und Totschka-U bestätigt nur, dass sich die ukrainische Regierung auf bewaffnete Provokationen konzentriert. Das ukrainische Militär erdreistet sich, in unmittelbarer Nähe der Patrouillen der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine Drohnen zu starten und Kampfmittel zu zünden (Bericht vom 6. November). Das stellt eine direkte Bedrohung der Sicherheit der Beobachterinnen und Beobachter dar – die „Augen“ der internationalen Gemeinschaft in der Zone der bewaffneten Auseinandersetzung.

Es ist bezeichnend, dass unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen weiterhin rundweg abstreiten, dass die Verschärfung der Lage im Donbass mit den aggressiven Aktionen der ukrainischen Streitkräfte zusammenhängt. Die kriminellen Entscheidungen und Handlungen der Behörden in Kiew betreffend die Verletzung der Minsker Vereinbarungen werden von ihnen als „souveränes Recht auf Selbstverteidigung“ dargestellt. Diese Haltung der westlichen Strippenzieher der ukrainischen Regierung ermuntert das Regime in Kiew zu weiteren Provokationen.

Der Erfindungsreichtum unserer ukrainischen und westlichen Kolleginnen und Kollegen kennt keine Grenzen, wenn es darum geht, die „Schuldigen“ für die Verschlechterung der Lage im Donbass zu finden. Man denke nur an die Flut von Informationen in den US-amerikanischen Medien darüber, dass Russland angeblich Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenziehe. Ähnliche Behauptungen wurden auch in der OSZE laut. Unsere

Kolleginnen und Kollegen haben sich jedoch nicht die Mühe gemacht, zu überprüfen, dass die Fotografien von „Panzern an der ukrainischen Grenze“ in den US-amerikanischen Zeitungsartikeln tatsächlich Satellitenaufnahmen vom Gebiet in der Nähe der Stadt Jelnja in der Oblast Smolensk sind, die nicht an die Ukraine grenzt. Der Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksiy Danilov, wies die Berichte über „russische Truppenaktivitäten“ in der Nähe der russischen Grenze persönlich zurück und beschrieb sie als „ein Element besonderer psychologischer und Informationsoperationen“.

Wir sehen, dass diese antirussische Lügenkampagne das Ziel hat, klammheimlich US-Schiffe in das Schwarze Meer zu verlegen. Der mit Lenkwaffen ausgerüstete Zerstörer USS Porter befindet sich seit dem 30. Oktober dort; der Tanker USNS John Lenthall lief am 3. November ins Schwarze Meer ein, wie auch das Führungsschiff USS Mount Whitney am 4. November. Am 6. November führten zwei strategische Bomber B-1B der US-Luftwaffe Flüge über dem Schwarzen Meer in einer Entfernung von 30 Kilometer zur russischen Staatsgrenze durch.

Für uns ist klar, dass das außerplanmäßige Aktionen der US-Kräfte sind, die eine multinationale Heeresgruppe in der Nähe der russischen Grenzen bilden. Angesichts dessen, dass neben der US-Marine taktische, Patrouillen- und strategische Luftfahrzeuge zusammen mit Kontingenten der bulgarischen, georgischen, rumänischen, türkischen und ukrainischen Streitkräfte an der Übung teilnehmen sollen, ist klar, dass das Operationsgebiet analysiert werden soll, für den Fall, dass die ukrainische Regierung beschließt, eine gewaltsame Lösung vorzubereiten.

Ich möchte betonen, dass unser Land für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Schwarzmeerregion eintritt. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Anrainerstaaten über alles verfügen, was sie brauchen, um unabhängig voneinander gemeinsame Sicherheitsfragen unter Rückgriff auf die vorhandenen Kooperationsmechanismen zu lösen. Die Aktivitäten außerregionaler Kräfte im Schwarzen Meer sorgen nur für unnötige politisch-militärischen Spannungen, und wir fordern sie auf, von unüberlegten Provokationen abzu- sehen. Die Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation führt eine Reihe von Maßnahmen durch, um die Aktivitäten der ausländischen Schiffe zu beobachten.

Herr Vorsitzender,

die von den ukrainischen Behörden begonnene Strafaktion gegen die Bevölkerung des Donbass und die darauffolgenden Versuche westlicher Länder, das verbrecherische Vorgehen der ukrainischen Regierung zu rechtfertigen, zeigen deutlich, wie sie zu den Verpflichtungen stehen, die im Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, den Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen und dem OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen festgelegt sind. In diesen Dokumenten ist klar verankert, dass jeder Teilnehmerstaat bei der Durchführung von Waffentransfers die innere Lage im Empfängerland und die regionale Situation in dessen Umgebung im Lichte bestehender Spannungen oder bewaffneter Konflikte berücksichtigen sollte.

In diesem Zusammenhang haben wir zur Kenntnis genommen, dass die stellvertretende Verteidigungsministerin der USA, Laura Cooper, den NATO-Verbündeten ihres Landes am 28. Oktober empfahl, ihre Beschränkungen für die Lieferungen „tödlicher Waffen“ an die ukrainischen Streitkräfte aufzuheben. Es wäre sehr interessant, von der

US-Delegation eine Antwort auf die Frage zu hören, wie dies zu ihren Ermahnungen in Bezug auf die Einhaltung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen passt. Wie verträgt sich das mit den jüngsten Äußerungen hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, darunter Staatssekretärin Victoria Nuland und CIA-Direktor William Burns, über die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen? Wie lassen sich die erwähnten Erklärungen mit Absatz 10 des Maßnahmenpakets vereinbaren, in dem der „Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischen Ausrüstungen und Söldner aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine unter Beobachtung der OSZE“ gefordert wird?

Es sei auch daran erinnert, wie stolz der Vertreter der Ukraine im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) vor zwei Wochen den Einsatz einer ausländischen Bayraktar-Drohne im Donbass am 26. Oktober bestätigt hat. Nach Angaben verschiedener Medien wurde jedoch nicht bestätigt, dass diese Drohne im Kampf eingesetzt wurde: Berichten zufolge wurde sie vom ukrainischen Militär nur zu Überwachungs- und Aufklärungszwecken eingesetzt. Es wäre höchst interessant, offizielle Kommentare unserer ukrainischen Kolleginnen und Kollegen zu dieser Angelegenheit zu hören.

Herr Vorsitzender,

zusammenfassend komme ich nicht umhin, zu betonen, dass das Einzige, was die externen Strippenzieher der derzeitigen ukrainischen Regierung tun können und tun sollten, ist, auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Regierung zu drängen. Wir fordern sie auf, eng mit ihren Schützlingen zusammenzuarbeiten, um dafür Sorge zu tragen, dass sie anstelle von bewaffneten Provokationen und verfälschenden Darstellungen der Realität den Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Ostukraine wiederaufnehmen, wie es der rechtliche Rahmen für den Prozess einer innerukrainischen Regelung vorsieht.

Noch ein letzter Punkt. Was die Aussichten auf ein Gipfeltreffen im Normandie-Format angeht, von dem heute die Rede war, möchte ich betonen, dass Russland im September und Oktober der Ukraine, Frankreich und Deutschland einen Entwurf für das Abschlussdokument eines solchen Treffens übermittelt hat. In beiden Fällen erfolgte darauf keine Reaktion. Für uns hat der inhaltliche Aspekt der Verhandlungen Vorrang, der auf der Umsetzung aller bisherigen im Normandie-Format getroffenen Entscheidungen durch die Ukraine beruhen sollte. Bis jetzt können wir nicht erkennen, dass diese Voraussetzungen vorhanden wären.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen FSK-Sitzung.